

<p>Frage 1</p>	<p>Welche konkreten politischen Initiativen dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner in sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteilen in Hessen zur Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensbedingungen in den kommenden Jahren erwarten?</p>
<p>CDU</p>	<p>Seit 1999 zielt das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ darauf ab, benachteiligte, strukturschwache Stadtteile zu stabilisieren, städtebaulich aufzuwerten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.</p> <p>Zum Haushaltsjahr 2012 wurde das Städtebauförderungsprogramm neu gestaltet. Ziel des neuen Programms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ ist es, mit städtebaulichen Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens in den betroffenen Stadt- und Ortsteilen für mehr Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration zu sorgen. Darüber hinaus geht es darum, die Städtebauförderung im Sinne eines integrierten und passgenauen Ansatzes verstärkt mit geeigneten Maßnahmen, Instrumenten und Programmen weiterer Partner aus anderen Ressorts sowie aus Wirtschaft und Gesellschaft zu ergänzen und zu bündeln.</p> <p>Das Programm „Soziale Stadt“ hat aus unserer Sicht bewiesen, dass Stadtentwicklung dann besonders erfolgreich ist, wenn sie auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte reagiert. Die Probleme in den Quartieren können nur dann gelöst werden, wenn Strategien und Ressourcen gebündelt und gemeinsam mit den wichtigen Akteuren interdisziplinäre Konzepte umgesetzt werden.</p> <p>Aufbauend auf diesen Zielen und den erfolgreichen Beispielen in vielen hessischen Teilnehmerkommunen sollen die Anreize zur Interkommunalen Kooperation im Städtebau, bspw. durch Stadt-Umland-Kooperationen, gestärkt und das Programm „Soziale Stadt“ auch unter geänderten Rahmenbedingungen erfolgreich fortgesetzt werden. Damit wird ein integrativer Bestandteil lokaler Initiativen zur Aufwertung von Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf weiterhin zur Verfügung stehen.</p>
<p>SPD</p>	<p>Wir wollen durch die Einführung eines festen Sozialbudgets im Landeshaushalt die Förderung der sozialen Infrastruktur durch das Land wieder aufleben lassen. Diese Forderung haben wir auch dadurch untermauert, dass wir in den vergangenen Jahren jeweils einen Haushaltsänderungsantrag gestellt haben, der 30 Mio. € für die Einführung des Sozialbudgets zum Inhalt hatte.</p> <p>Es wird allerdings u.E. keinen Sinn machen, die im Jahre 2003 vorgenommenen Kürzungen und Streichungen einfach wieder rückgängig machen zu wollen. Zum einen, weil es die damals vorhandenen Strukturen überhaupt nicht mehr gibt. Zum anderen, weil sich die Situation heute anders darstellt als damals und völlig andere Erfordernisse gegeben sind.</p> <p>Wir wollen für Hessen ein neues soziales Netz knüpfen. Dieses Netz wollen wir aber nicht alleine am grünen Tisch entwickeln, sondern gemeinsam mit den Betroffenen, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen und den Kommunen aufbauen.</p> <p>Selbstverständlich wollen wir dabei insbesondere benachteiligte Stadtteile/Quartiere in den Blick nehmen, denn gerade hier gibt es einen großen Bedarf an unterschiedlichen, aber miteinander zu vernetzenden Beratungs- und Hilfsangeboten.</p> <p>Dazu gehört die Gemeinwesenarbeit und die Armutsbekämpfung, die Schuldnerberatung und die Obdachlosenhilfe, Hilfen für Haftentlassene, lokale Beschäftigungsinitiativen und Jugendberufshilfe, Frauenhäuser, Mädchenarbeit, Bildungsprojekte, Erziehungsberatung, Suchthilfe und vieles mehr. Wir hoffen, dass wir bei der Erarbeitung des Konzeptes für eine neue soziale Infrastruktur in Hessen auch auf Ihre Unterstützung zählen können.</p>
<p>FDP</p>	<p>Hessen lag 2011 mit Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze der Armutsbekämpfung auf dem dritten Platz. Zusätzlich lag die Armutsgefährdungsquote in Hessen 2011 deutlich unter dem Bundesschnitt. Dies zeigt sich auch in der Arbeitslosenquote, die mit derzeit 6,1 Prozent deutlich unter der des Bundes (mit 7,1 Prozent) liegt. Gleichzeitig ist der Bruttoverdienst durchschnittlich um 2,2 Prozent gestiegen und die Anzahl der Erwerbstätigen in Hessen mit 3,2 Millionen so hoch wie nie zuvor. Dies zeigt, dass die Landesregierung mit ihrer aktivierenden Sozialpolitik richtig liegt, denn den Hessen geht es gut. Diese Politik werden wir weiterführen, denn wir haben gezeigt, dass sich eine wirtschaftsfreundliche Politik ohne Gängelungen, Verbote und überbordende Auflagen sich bewährt hat.</p> <p>In den vergangenen vier Jahren haben wir - die Landesregierung - bereits erheblich in den sozialen Wohnungsbau investiert. So konnten in den Jahren 2009 – 2012 insgesamt nahezu 3.500 neue Sozialwohnungen gebaut werden. Fast 1.000 Mietwohnungen wurden mit einer Landesförderung saniert. Auch die Bildung von Wohneigentum wurde durch das Land erheblich gefördert. So konnten über 1.000 Wohneinheiten neu gebaut werden und knapp 1.300 Wohneinheiten als Eigentum erworben werden.</p> <p>Diese Förderungen kommen vor allem Geringverdienern und Familien zugute. Auf Grundlage des</p>

<p>Frage 1</p>	<p>Welche konkreten politischen Initiativen dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner in sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteilen in Hessen zur Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensbedingungen in den kommenden Jahren erwarten?</p>
	<p>neuen Wohnraumfördergesetzes hat die Landesregierung ein Sonderprogramm für den Wohnungsbau aufgelegt. Darin werden zusätzliche Fördermittel von insgesamt mindestens 150 Mio. Euro in der kommenden Legislaturperiode sowie die Bindung der Kompensationsmittel des Bundes für den Wohnungsbau in Höhe von weiteren 150 Mio. Euro festgeschrieben. Unter Regierungsbeteiligung der FDP in Hessen wollen wir dieses zukunftsweisende Programm fortführen. Zusätzlich sollen mindestens 1.000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen und 2.000 weitere Sozialwohnungen modernisiert werden.</p> <p>Außerdem soll künftig die Umwidmung von Büro- und anderen gewerblichen Flächen in Wohnraum erleichtert werden. Hierbei benötigen Investoren mehr Rechts- und Planungssicherheit. Hürden, die Eigentümer daran hindern ihre Büroräume umzuwidmen, müssen abgebaut werden. Beispielsweise muss geregelt werden, dass im Falle der Rückabwicklung der Umwidmung nicht erneut Stellplatzgebühren gezahlt werden müssen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass nach einer Umwidmung von Gewerbeflächen in Wohnraum innerhalb von 10 Jahren die Rückkehr zur vorherigen Nutzung möglich bleibt.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Gerechte Teilhabe für alle entscheidet sich maßgeblich vor Ort in den Kommunen. Kommunen sind aufgrund der Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihren vielfältigen Angeboten (oft gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden) für die Bürgerinnen und Bürger besonders geeignet, individuelle Hilfestellung in schwierigen Lebenslagen zu geben. Durch Synergie-Effekte der verschiedenen lokalen Einrichtungen lassen sich hier maßgeschneiderte Lösungen für jeden einzelnen Menschen finden, die ihm eine echte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen kann. Eine ermöglichende Sozialpolitik nach unserem Verständnis setzt deshalb auch eine Stärkung der sozialen Aufgaben der Kommunen voraus. Dafür schlagen wir einen neuen Sozialvertrag für Hessen zwischen Land, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden vor, der im Dialog erarbeitet, breit und transparent diskutiert und in einem Aktionsplan für ein soziales Hessen umgesetzt werden soll.</p> <p>Das Land hat dafür zu sorgen, dass diese kommunalen Angebote in bester Qualität (Aus-, Fort- und Weiterbildung, Vernetzung, Partizipation, etc.) erbracht werden können und neue, innovative Maßnahmen erprobt, wissenschaftlich begleitet und – bei guter Erfahrung – in der Breite eingeführt werden können.</p> <p>Auf Bundesebene wollen wir das Programm „Soziale Stadt“ so ausbauen, dass künftig auch Pflege und Unterstützung bedürftiger Menschen im Quartier gefördert werden kann. Entsprechend wollen wir in Hessen ermöglichen, dass aus dem Programm „Soziale Stadt“ auch wieder nichtinvestive Maßnahmen gefördert werden können.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>Soziale Brennpunkte bzw. benachteiligte Stadtteile sind oftmals dadurch gekennzeichnet, dass die dort lebenden Menschen oft aus bildungsferneren Schichten kommen und zu den finanziell Benachteiligten gehören. Zudem ist dort eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit vorzufinden. Seit den Hartz- und Agenda-Reformen von SPD und Grünen sind Armut trotz Arbeit und eine sich verschärfende Altersarmut dazugekommen. Neben der Thematisierung und Skandalisierung dieser Sachverhalte setzt DIE LINKE diesen um sich greifenden Benachteiligungen vor allem dies entgegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - keinen Verkauf von Wohnungsgesellschaften - Begrenzung der höchstzulässigen Miete im sozialen Wohnungsbau auf 85% der örtlichen Vergleichsmiete - Bildung von Mieterbeiräten mit Kontrollrechten gegenüber Management und Verwaltung; - Energiesparmodelle sind zwingend vorzuschreiben; - einen Neueinstieg in den Sozialen Wohnungsbau durch den Bau von jährlich 4.000 neuen Sozialwohnungen mit Schwerpunkt in den Ballungsräumen; - finanzielle Landesförderung genossenschaftlicher Mieter- und Wohnungsbaumodelle; - Infrastruktur und Verkehrsanbindung, die Ghettobildung verhindert und Individualverkehr vermindert; - intensive Förderung von integrierten Wohnprojekten für alte und behinderte Menschen. - Mindestlohn von 10 Euro - Minijobs, Leiharbeit, Befristungen und Mißbrauch von Werkverträgen zurückdrängen. - Hartz-IV-Regelsatz auf 500 Euro erhöhen, Sanktionen abschaffen - Zwangsumzüge abschaffen - Rentenkürzungen von SPD und Grünen zurücknehmen, Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro

<p>Frage 1</p>	<p>Welche konkreten politischen Initiativen dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner in sozialen Brennpunkten bzw. benachteiligten Stadtteilen in Hessen zur Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensbedingungen in den kommenden Jahren erwarten?</p>
	<p>einführen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kitaplätze nicht nur in ausreichender Zahl, sondern auch mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten und in hoher Qualität bereitstellen. Besonders Kinder aus benachteiligten Elternhäusern profitieren davon ihr gesamtes Leben. - Schule: DIE LINKE hat stets die „Eine Schule für Alle Kinder“ gefordert, die gemeinsames Lernen von der ersten bis zur zehnten Klasse in den Vordergrund stellt. Zu den weiteren bildungspolitischen Vorhaben gehören die Schaffung tatsächlicher Lernmittelfreiheit und das gebührenfreie Mittagessen an allen Schulen. - öffentliche Einnahmen erhöhen, einschließlich des Bereichs der Krankenversicherung, damit: <ul style="list-style-type: none"> • der Beschäftigungsabbau, der Prekarisierungs- und Lohndruck sowie der Druck zur Minderung oder Streichung von Leistungen im gesamten Bereich öffentlich finanzierter oder bezuschusster Leistungen (einschließlich Kitas, Pflege, Krankenhaus) gestoppt und umgekehrt wird; das Maß der Dinge muss endlich die Qualität der erbrachten Dienstleistungen und der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen werden • wieder eine Arbeitsmarktpolitik finanziert werden kann, die für Langzeitarbeitslose Brücken in den ersten Arbeitsmarkt baut.

<p>Frage 2</p>	<p>Was werden Sie unternehmen, damit zukünftig für das Programm „Soziale Stadt“ sowohl für investive als auch für nicht-investive sozial-integrative Maßnahmen wieder Finanzmittel in ausreichendem Maße (in der Größenordnung von 12-15 € Millionen) in Hessen zur Verfügung gestellt werden?</p>
<p>CDU</p>	<p>Mit der Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung haben die Hessischen Bürgerinnen und Bürger eine historische Entscheidung mit herausragender Tragweite getroffen. 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben sich dafür entschieden, dass das Land spätestens ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr machen darf. Die CDU-geführte Landesregierung nimmt diesen Auftrag sehr ernst und verfolgt einen kontinuierlichen Abbaupfad, der die Nettoneuverschuldung bis spätestens zum Jahr 2019 auf null zurückführt. Zur Einhaltung der Schuldenbremse und damit zum Abbau des strukturellen Defizits wird entscheidend sein, das Ausgabewachstum unterhalb des Einnahmewachstums zu halten. Mit der vor kurzem vorgelegten und vom Hessischen Landtag zur Kenntnis genommenen Finanzplanung für die Jahre 2013-2017 haben wir einen Weg aufgezeigt, wie es uns gelingt, ab 2019 keine neuen Schulden mehr zu machen.</p> <p>Da die Mittelzuweisungen des Bundes im Bereich „Soziale Stadt“ starken Schwankungen unterworfen sind, weichen auch die Ansätze des Landes von Jahr zu Jahr ab. Die Einsparungen bei den Ausgaben für die Städtebauförderung waren aus unserer Sicht ein notwendiger Beitrag zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme des Landes und damit zur Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse der Hessischen Verfassung. Dies führt dazu, dass die Bundesmittel nicht vollständig durch Landesmittel komplementiert werden. Gleichzeitig werden jedoch die Mittel für die neuen Programme wie „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (in Hessen: „Aktive Kernbereiche“) und „Städtebaulicher Denkmalschutz“ deutlich erhöht.</p> <p>Die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung für die Stadtentwicklungspolitik im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auch künftig wahr und wird den Kommunen notwendige Investitionen in ihre Stadtentwicklung ermöglichen. Dies gilt gerade auch für wirtschaftlich und sozial benachteiligte Stadtteile.</p> <p>Die Landesregierung sieht angesichts der Herausforderungen in den Städten und Gemeinden, gerade in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen besonderen Handlungsbedarf für die Städtebauförderung in der Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels, der demografischen Umbrüche und bei der Sicherung des sozialen Zusammenhalts. So wurde das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ vor diesem Hintergrund zum aktuellen Haushaltsjahr weiterentwickelt und an aktuelle Herausforderungen angepasst. Die mit dem Programm aufgebauten Strukturen der „Sozialen Stadt“, insbesondere die stadtteilbezogenen, integrierten Handlungskonzepte, stellen dabei ein wichtiges Steuerungsinstrument dar. Im Einzelfall ist daher zu prüfen, wie und in welchem Umfang im Rahmen des Programmes „Soziale Stadt“ lokal entstandene Strukturen längerfristig unterstützt werden können.</p>
<p>SPD</p>	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ fortgesetzt und zum Leitprogramm für alle Städtebauförderprogramme wird. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und negative Entwicklungen aufzuhalten.</p> <p>Welche Mittel wir neben den oben erwähnten fest zugesagten Mittel für das Sozialbudget für einzelne Projekte zur Verfügung stellen können, ist derzeit nicht zu beziffern. Dies wird erst nach einem Kassensturz möglich sein.</p>
<p>FDP</p>	<p>Im Programmjahr 2013 stehen für das Programm Soziale Stadt Fördermittel von knapp 6 Mio. Euro zur Verfügung. Die Bundesmittel des Programms Soziale Stadt werden 2013 voll gegenfinanziert. Für das Programmjahr 2014 kann, vorbehaltlich der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern 2014, das Programmvolumen von ca. 5,8 Mio. Euro erneut zur Verfügung gestellt werden. Für alle Stadterneuerungsprogramme steht voraussichtlich insgesamt ein Programmvolumen i. H. v. rd. 32 Mio. Euro zur Verfügung. Die FDP möchte auch in den nächsten Jahren dieses Angebot aufrechterhalten.</p> <p>Der Bund hat die Bereitstellung der Bundesmittel für das Programm Soziale Stadt – Investitionen im Quartier seit 2011 deutlich reduziert. Das Land Hessen bietet den Kommunen seit 2011 eine Kompensationsmöglichkeit an, indem es - entsprechend dem individuellen Bedarf der Kommune - diesen eine begrenzte Verlängerung des Förderzeitraums zugesteht. Die Kommunen können so durch zusätzliche Förderbescheide, über die ursprünglich vereinbarten 10 Förderjahre hinaus, die geringeren Jahresbewilligungen bis zum Abschluss der Gesamtmaßnahme soweit ausgleichen, dass ein zielgerichteter Abschluss der Gesamtmaßnahme gewährleistet ist.</p>
<p>Bündnis 90/Die</p>	<p>Auf Bundesebene wollen wir die Fördermittel für die Programme der Städtebauförderung wieder schrittweise erhöhen. Dabei nimmt das Programm „Soziale Stadt“ zur Stärkung sozial benachteiligter Stadtteile eine besondere Rolle ein. Wir wollen zusätzlich die energetische Quartierssanierung einbe-</p>

Frage 2	Was werden Sie unternehmen, damit zukünftig für das Programm „Soziale Stadt“ sowohl für investive als auch für nicht-investive sozial-integrative Maßnahmen wieder Finanzmittel in ausreichendem Maße (in der Größenordnung von 12-15 € Millionen) in Hessen zur Verfügung gestellt werden?
Grünen	<p>ziehen. Die Kommunen sollen mehr Freiheit und Flexibilität beim Einsatz der Mittel bekommen. Auch die Mittel des Europäischen Strukturfonds sollen ab 2014 verstärkt für die ökologisch-soziale Stadtentwicklung eingesetzt werden.</p> <p>In Hessen werden wir demgemäß durch eine angemessene Kofinanzierung dafür sorgen, dass die Fördermittel von Bund und EU auch abgerufen werden können.</p>
Die Linke	<p>Ausschlaggebend für den Erfolg des Programms sind der bisherigen Erfahrung nach aber gerade Maßnahmen gewesen, die Bewohnerinnen und Bewohner der Projektbezirke und unterschiedliche Akteurinnen und Akteure zusammenbrachten, um vielfältige soziale, Kultur- und Bildungsprojekte zu realisieren. Die inhaltliche Beschränkung des Programms durch den Bund auf die investiven, also baulichen Aufgaben, macht seine Flankierung durch ein unabhängiges Landesprogramm nötig, welches die Möglichkeit bieten soll, vielfältige Maßnahmen und Integrationsanstrengungen der Stadtentwicklung, Wohnumfeldverbesserung sowie der lokalen Kinder- und Jugendhilfe zu verbinden. Für ein entsprechendes neues Landesprogramm sollen aufgabengerechte Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.</p>

<p>Frage 3</p>	<p>Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit auch benachteiligte Stadtteile/Quartiere, die nicht oder nicht mehr im Programm „Soziale Stadt“ sind, die aber einen besonderen Handlungsbedarf in den Bereichen Soziales, Bildung, Integration, Inklusion, Beschäftigung und Gesundheit aufweisen, eine Unterstützung des Landes erhalten?</p>
<p>CDU</p>	<p>Siehe Frage 2: Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.</p>
<p>SPD</p>	<p>Wir werden ein Wohnraumförderungsgesetz vorlegen, mit dem vor allem benachteiligten Stadtteilen geholfen werden soll. Es soll u.a. den Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung und den Ausbau des sozialen Wohnungsneubaus und dementsprechend höhere Mittelzuweisungen an die Kommunen realisieren. Wir wollen jährlich 2.500 neue Wohnungen bauen, davon 1.500 Sozialwohnungen und 1.000 für untere und mittlere Einkommensgruppen.</p> <p>Für uns wesentlich ist auch die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung gerade in benachteiligten Stadtteilen. Hier ist bereits jetzt Unterversorgung zu verzeichnen. Wir setzen dabei auf Kooperation mit den Kommunen, die sich an ärztlichen Zentren beteiligen können sollen. Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und auf neue Herausforderungen ausrichten</p>
<p>FDP</p>	<p>Für alle Stadterneuerungsprogramme steht voraussichtlich insgesamt ein Programmvolumen i. H. v. rd. 32 Mio. Euro zur Verfügung. Darüber hinaus fördert das Land einzelne Maßnahmen besonders im präventiven Bereich. Zur Umsetzung der Inklusion in Hessen wurden 2013 in sechs Landkreisen und Städten Zielvereinbarungen geschlossen, die in unterschiedlichen Projekten die Umsetzung von Barrierefreiheit erproben. Diese Erkenntnisse sollen beim landesweiten Abbau von Barrieren behilflich sein. Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass eine inklusive Beschulung von der Ausnahme zum Regelfall wird und die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird. Im Vordergrund muss an erster Stelle das Wohl des Kindes stehen und deshalb ist zu prüfen, ob eine Beschulung in der Regelschule diesem dient. Wir halten die Einsetzung eines Förderausschusses unter Einbeziehung der Eltern für zweckmäßig. Es ist notwendig, dass vor Ort über den jeweiligen sonderpädagogischen Förderbedarf entschieden wird. Es wird auch in Zukunft einige wenige Fälle geben, in denen die Schülerinnen und Schüler am besten in den Förderschulen gefördert werden können, um den speziellen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Die Ressourcen werden bedarfsgerecht eingesetzt, um die Inklusion möglichst flächendeckend umzusetzen.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Wir schlagen vor, mit einem erhöhten und fest definierten Sozialbudget die freiwilligen sozialen Leistungen des Landes verbindlich festzuschreiben. Mit den Akteuren der Sozialpolitik wollen wir dazu einen neuen Vertrag für sozialen Zusammenhalt abschließen. Im von uns jeweils zu den Haushaltsberatungen vorgelegten Sozialbudget war insbesondere das Förderprodukt 7 „Für soziale Gerechtigkeit – gleichberechtigte Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger“ auf die Förderung des Soziales Zusammenleben im Stadtteil ausgerichtet.</p> <p>Die Träger sozialer Einrichtungen benötigen Planungssicherheit. Wir werden die soziale Infrastruktur im Dialog zukunftsfest ausrichten.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>Wie bereits beschrieben setzen wir uns dafür ein, ein mit Landesmittel ausgestattetes Programm zur Flankierung des Bundesprogramms „Soziale Stadt“ zu schaffen, welches gerade in jenen Quartieren wirken soll, die nicht oder nicht mehr durch das Programm gefördert werden können.</p> <p>Schule: Im Bildungsbereich spielt die soziale Benachteiligung bestimmter Städte oder Stadtgebiete auf mehreren Ebenen eine entscheidende Rolle. Beispielsweise gibt es Städte in Hessen (wie bspw. Offenbach), die Schwierigkeiten haben, interessiertes Lehrpersonal für Grundschulen zu finden. Hier muss mehr investiert und mit zusätzlichen personellen Ressourcen, wie DIE LINKE sie in Hessen in ihren Haushaltsplänen konsequent fordert, gearbeitet werden. Unter anderem sind Schulsozialarbeiter_innen in hoher Zahl einzustellen. DIE LINKE hat auch stets die Einführung eines Sozialindex gefordert (welcher Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen mehr Personal zur Verfügung stellt), zu Beginn dieses Jahres wurde ein solcher endlich von der Landesregierung in Angriff genommen, allerdings ist die Umsetzung mit lediglich 300 Stellen landesweit, die dafür zur Verfügung stehen sollen, lächerlich.</p>

Frage 4	Welche Strukturen werden Sie auf Landesebene einrichten, die abgestimmte Politik- und Förderstrategien für soziale Brennpunkte/benachteiligte Stadtteile ressortübergreifend und in der Verantwortung aller relevanten Ministerien ermöglichen?
CDU	Die CDU-geführte Landesregierung hat bereits vor längerer Zeit zur Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ einen besonderen Weg gewählt und in Kooperation mit der „Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (LAG)“ die Servicestelle „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)“ eingerichtet, die bei der HessenAgentur angesiedelt wurde. Sie stellt den Kommunen umfangreiche und über die Jahre gewachsene Beratungskompetenz in den verschiedensten Bereichen, einschl. Konversion, zur Verfügung. Sie unterstützt und optimiert die interkommunale, ressort- wie trägerübergreifende Kooperation zwischen Projektgebieten, Kommunen und Landesebene. Die Servicestelle bietet auf diese Weise mit ihrer Kooperationsstruktur ein wichtiges Netzwerk für Beratung, Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und Begleitforschung. Sie übernimmt ebenfalls Moderations-, Koordinations- und Dokumentationsaufgaben. Auch unter den beteiligten Ministerien gilt der Grundsatz gemeinsamen Handelns. Ein Beispiel ressortübergreifender Zusammenarbeit ist der Beratungsausschuss unter Leitung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Ihm gehören Vertreter des Hessischen Sozialministeriums, des Ministeriums des Inneren und für Sport, des Ministeriums für Justiz, Integration und Europa sowie des Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an. Die erfolgreiche Arbeit dieses Ausschusses wollen wir fortsetzen, vertiefen und für die Schnittstellen der einzelnen Bereiche sensibilisieren.
SPD	Ein neues soziales Netz für Hessen kann nicht alleine von der Landespolitik geknüpft werden und schon gar nicht von einem Ministerium alleine. Dies geht nur in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen, den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen, aber auch mit allen beteiligten Ressorts innerhalb der Landesregierung. Erfolgreiche Gemeinwesenarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie – gerade wie beim Projekt Soziale Stadt – fachübergreifend arbeitet und so den komplexen Bedarfen der Stadtteile gerecht wird. Ob wir die Zusammenarbeit auf Regierungsebene durch eine interministerielle Arbeitsgruppe oder in anderer Weise lösen werden, werden wir nach dem Regierungswechsel mit allen Beteiligten erörtern.
FDP	Viele Strukturen innerhalb der hessischen Städte werden durch die kommunale Seite bestimmt. Hier kann das Land nur Anreize schaffen, wie zum Beispiel durch das Wohnraumförderungsgesetz oder das Hessische Kinderförderungsgesetz. Auch die Frage der schulischen Strukturen bzw. Angebote vor Ort entscheiden über die Attraktivität eines Stadtteils. Darüber hinaus ist gerade in Brennpunktbezirken die Jugendarbeit in Jugendzentren und die aufsuchende Sozialarbeit von großer Bedeutung. Nur durch die Beibehaltung eines vielseitigen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Angebots können wir die Rahmenbedingungen in benachteiligten Stadtteilen verbessern. Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag möchte den begonnen Weg auch in der nächsten Legislatur weitergehen und Anreize für ein vielfältiges kulturelles, wirtschaftliches und soziales Angebot setzen.
Bündnis 90/Die Grünen	Wir wollen dem Programm „Soziale Stadt“ durch eine interministerielle Vernetzung neuen Schub verleihen. Dazu sind alle Fachministerien gefordert, sich mit ihren Programmen zu beteiligen. Hierzu wollen wir eine Lenkung mit externen Vertreterinnen und Vertretern und Vertreterinnen und Vertretern der Fachabteilungen um einen kontinuierlichen Austausch und eine verbesserte Förderstrategie der einzelnen Häuser zu gewährleisten.
Die Linke	Denkbar wäre hier aus unserer Sicht eine Arbeitsgruppe, die Ministerien übergreifend arbeitet und wesentlich an der Vergabe der bereitzustellenden Mittel beteiligt wird. Vor allem bedarf es aber einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunen. Soziale Brennpunkte sind keine Inseln, sondern Teil einer Stadt oder Gemeinde und müssen daher immer auch unter dem Blickwinkel der gesamten Entwicklung einer Kommune betrachtet werden.

Frage 5	Inwieweit werden Sie dafür Sorge tragen, dass Gemeinwesenarbeit mit ihrer besonderen Kompetenz im Umgang mit benachteiligten Gruppen - ausgestattet mit hauptamtlichem Personal - dauerhaft und flächendeckend in den benachteiligten Stadtteilen in Hessen vorhanden ist?
CDU	Keine Antwort
SPD	<p>Hier verweisen wir auf die Antwort zu Frage 1. Wir wollen ein neues soziales Netz für Hessen knüpfen und die soziale Infrastruktur durch ein festes Sozialbudget von Landesseite wieder mitfinanzieren. Diese Förderung soll sowohl der Gemeinwesenarbeit, als auch den vielfältigen weiteren Beratungsangeboten wie Schuldnerberatung, Erziehungsberatung etc. zugute kommen.</p> <p>Daneben betrachten wir für soziale Brennpunkte auch die von uns geplante Einführung eines flächendeckenden Angebots aufsuchender Hilfen durch Familienhebammen und Familienhelfer als wesentlich. Dieses Angebot soll landesweit vorhanden und diskriminierungsfrei sein und weit über bestehende Angebote und Strukturen hinausgehen.</p>
FDP	<p>Zunächst ist und bleibt die Finanzierung der Schulsozialarbeit Aufgabe des Schulträgers. Daran werden wir festhalten. Jedoch haben die Schulen durch die 105%ige Lehrerversorgung im Landesdurchschnitt und die Implementierung des Sozialindex für Schulen mit besonders schwierigen Situationen die Möglichkeit, Schulsozialarbeiter und Sozialpädagogen zu beschäftigen. Derzeit ist darüber hinaus nicht geplant bestehende Landesförderungen zurückzufahren. Der größte Teil der Gemeinwesenarbeit sind kommunale Aufgaben. Stärken will die FDP daher die Finanzaufsicht der Kommunen, um zu hohe Ausgaben vor Ort in den Griff zu bekommen. Mit dem Schutzschirm haben wir die 100 finanzschwächsten Kommunen von einem großen Teil ihres Schuldenberges befreit und ihnen damit wieder Luft zum Atmen verschafft. Der Kommunale Finanzausgleich erreicht auch dieses Jahr einen neuen Rekordwert. Gleichzeitig steigen die kommunaleigenen Steuern (insbesondere die Gewerbesteuer) vielerorts auf Höchstwerte. Daher bleibt abschließend festzuhalten: Noch nie haben die hessischen Kommunen so viel vom Land bekommen wie heute. Entscheidend wird sein, dass der wachstumsfreundliche Kurs fortgesetzt wird. Steuererhöhungen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen sind dagegen Gift für die wirtschaftliche Prosperität.</p> <p>Bei der Schuldenbremse gilt grundsätzlich: Durch strikte Regeln sind Wahlgewinne auf Pump nicht mehr möglich. Dies bedeutet aber nicht, dass Ausgaben grundsätzlich gekürzt werden. Weiterhin müssen wir im Landeshaushalt Auf- und damit Ausgabenschwerpunkte setzen. Es wird vor allem darauf ankommen das Ausgabenwachstum in den kommenden Jahren zu begrenzen. Durch unseren wachstumsfreundlichen Kurs erzielen wir Rekordsteuereinnahmen. Die Schere schließt sich damit nahezu automatisch.</p>
Bündnis 90/Die Grünen	<p>In den Quartieren sind wohnortnahe, leicht zugängliche und die besonderen Problemlagen berücksichtigende Angebote der Gemeinwesenarbeit am besten zu erbringen. Insbesondere in sozialen Brennpunkten ist eine kontinuierliche Gemeinwesenarbeit und angepasste, individuelle Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner unverzichtbar. Kommunen mit einer komplizierten Sozialstruktur dürfen nicht allein gelassen werden. Auf Landesebene werden wir deshalb dafür sorgen, dass die Kommunen bei der Koordination sozialer Hilfen, bei der Fort- und Weiterbildung des Fachpersonals und bei besonderen Angeboten für bestimmte Zielgruppen eine qualifizierte Unterstützung durch konkrete Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote erhalten. Mit einer stärkeren fachlichen Vernetzung auf der Landesebene und der Prüfung, wie Landesförderprogramme gezielter in „Soziale Stadt Quartiere“ nach Ablauf der Investitionsprogramme gelenkt werden können, wollen wir eine nachhaltige Unterstützung der Gemeinwesenarbeit erreichen.</p>
Die Linke	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass die Hessischen Kommunen finanziell wieder handlungsfähig werden und so auch endlich wieder sogenannte freiwillige Leistungen in einem nennenswerten Umfang finanzieren. Dafür wollen wir einerseits die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs durch die schwarz-gelbe Landesregierung in voller Höhe kompensieren, und auf der anderen Seite durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer, an der die Kommunen direkt beteiligt sind, die kommunale Finanzsituation verbessern.</p>

<p>Frage 6</p>	<p>Was werden Sie veranlassen, um a) die Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten in sozialen Brennpunkten/benachteiligten Stadtteilen zu erhöhen und dabei insbesondere die Beteiligungschancen und -ressourcen der sozial- und bildungsbenachteiligten Gruppen zu stärken sowie b) das ehrenamtliche Engagement in und für die Nachbarschaft unter der Berücksichtigung oftmals erschwerter sozialer Rahmenbedingungen zu befördern?</p>
<p>CDU</p>	<p>Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.</p> <p>Mit dem Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ – und auch anderen Programmen der Städtebauförderung – werden die Kommunen bei ihren städtebaulichen Investitionen insbesondere zur Stärkung der Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration im Stadtteil unterstützt. Jedoch ist gerade in diesen betroffenen Quartieren eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung notwendig. Die zumeist sehr komplexen Problemlagen können nicht allein aus Mitteln der Städtebauförderung gelöst werden. Vielmehr ist es erforderlich, dass vor Ort die städtebaulichen Investitionen im Sinne eines integrierten und passgenauen Ansatzes verstärkt mit geeigneten Maßnahmen, Instrumenten und Programmen weiterer Partner aus anderen Ressorts sowie aus Wirtschaft und Gesellschaft ergänzt und gebündelt werden. Wo es möglich ist, treten wir für eine Fortführung der gewachsenen Strukturen über die Laufzeit des Programmes hinaus ein.</p>
<p>SPD</p>	<p>Wir setzen uns nach einer für die SPD erfolgreichen Landtagswahl am 22. September 2013 dafür ein, dass Volksinitiativen, -begehren und –entscheide auf Bundesebene eingeführt und die Hürden in Hessen auf ein bürgerfreundliches Maß abgesenkt werden.</p> <p>Darüber hinaus ist für uns die stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am politischen Entscheidungsprozess ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Integrationspolitik. Eine SPD geführte Landesregierung wird deshalb das kommunale Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten und deren Beteiligung an Volksinitiativen und Bürgerhaushalten ermöglichen.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir außerschulische und offene Jugendarbeit fördern. Mit der Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren schaffen wir Treffpunkte, Kommunikations- und Beratungsangebote für Eltern und Familien-angehörige sowie für Menschen aller Altersgruppen im Stadtteil.</p>
<p>FDP</p>	<p>a) Wir haben in Hessen bereits viel erreicht, was die Integration und Teilhabe sozial- und bildungsbenachteiligter Gruppen angeht. Wir haben ein Ministerium gegründet und geführt, welches Integration bereits im Namen trägt und dies auch in die tägliche Arbeit einfließen lässt. In vielen Bereichen haben wir soziale Komponenten in die Förderrichtlinien des Landes aufgenommen, z.B. Sozialindex Schulen, Pauschale Schwerpunkt-Kitas Hessisches Kinderförderungsgesetz.</p> <p>b) Die FDP Hessen bedankt sich bei allen ehrenamtlich Tätigen in Hessen und drückt diese Wertschätzung auch aus. In Hessen wird seit 2006 die E-Card vergeben. Bereits 15.000-mal konnten wir mit dieser Karte DANKE sagen. Desweiteren setzen wir weiter auf die Umsetzung der Freistellung sowie die Lohnerstattung nach §48 HJGB ein. Die Erstattung der Lohnkosten betrug 2011 knapp 1,4 Mio. Euro. Die Lohnfortzahlung ist aus Sicht der Liberalen ein geeignetes Mittel um die ehrenamtliche Arbeit in Hessen zu stärken.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>a) Im Rahmen der Neuausrichtung des Programms „Soziale Stadt“ wollen wir auch Projekte unterstützen, die die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planungs- und Entwicklungsphasen einbezieht. Eine Möglichkeit, die Bewohnerinnen und Bewohner aktiv einzubeziehen, sind so genannte Quartierfonds. Hier wird ein bestimmtes Budget für das Quartier zur Verfügung gestellt, z.B. aus Bundes- oder Landesprogrammen. Eine Jury aus Anwohnern prüft eingereichte Projektvorschläge und entscheidet, oft in einem mehrstufigen Verfahren, über die Vergabe.</p> <p>b) In benachteiligten Stadtvierteln kommt dem bürgerschaftlichen Engagement eine besondere Rolle zu. Dieses bürgerschaftliches Engagement darf jedoch nicht als Konsolidierungsmaßnahme öffentlicher Haushalte gesehen werden, sondern bedarf verlässlicher Rahmenbedingungen. Eine Möglichkeit, die Bürgerbeteiligung zu stärken ist die Einbeziehung von Freiwilligenagenturen, die die Projekte professionell begleiten können und zudem Qualifizierung und Weiterbildung anbieten.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Beteiligungs- und Selbstbefähigungsressourcen besteht im vermehrten Einsatz von Streetworker_innen. Ehrenamtliches Engagement gedeiht am besten in gesellschaftlichen Umgebungen, die dem Einzelnen Unterstützung und Möglichkeiten zur Selbstentfaltung bietet und dies mit der Perspektive auf ein gutes Leben verbindet. In Deutschland ist seit Jahren der Trend erkennbar, staatliche bzw. öffentlich finanzierte Leistungen durch ehrenamtliche Arbeit zu substituieren. Dem stehen wir skeptisch gegenüber. In sozialen Brennpunkten leben häufig Menschen mit Migrationshintergrund. Vielfach werden diese per se von politischer Beteiligung – sprich Wahlen- ausgeschlossen. Dies wollen wir ändern. Dort wo Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben sollen sie wählen dürfen, unabhängig davon aus welchem Land sie stammen.</p>

Frage 7	In welcher Form beabsichtigen Sie, Frauenbildungsarbeit landesweit und vor Ort als wichtigen Bildungsansatz zur Überwindung von strukturellen und sozialen Benachteiligungen zu fördern und dadurch Frauen zu stärken?
CDU	Siehe Frage 6: Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.
SPD	<p>Frauen werden in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft nach wie vor benachteiligt. Die hessische SPD wird nach einer erfolgreichen Landtagswahl viele Maßnahmen ergreifen, um endlich die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu realisieren. Diese Maßnahmen entnehmen Sie bitte der beigegeführten Broschüre (10-Punkte-Plan).</p> <p>Frauenbildungsprojekte waren ebenfalls von der vor zehn Jahren durchgeführten „Operation düstere Zukunft“ erheblich betroffen. Im Rahmen des Dialogs mit allen Beteiligten zur Förderung der sozialen Infrastruktur werden wir erörtern, wie hier wieder angesetzt werden kann, um möglichst rasch effektive Unterstützung für Frauenbildungsarbeit zu leisten. Projekte in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf werden wir dabei besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen.</p>
FDP	Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich generell für lebenslanges Lernen ein. Hierfür möchten wir die entstandenen Strukturen des HESSENCAMPUS erhalten und die Angebote privater und öffentlicher Anbieter aufeinander abstimmen. Des Weiteren leisten die Verbände wie das büroF, Sefo femkom e.V., FachFrauenNetzwerk e.V. und viele mehr, bereits hervorragende Arbeit zur Weiterbildung und Weiterqualifizierung hessischer Frauen.
Bündnis 90/Die Grünen	Geschlechtergerechtigkeit ist für uns Grüne ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Deshalb stehen wir für eine Politik, die gleiche Verwirklichungschancen von Frauen und Männern ermöglicht. Bereits in der frühkindlichen Bildung soll Genderkompetenz vermittelt werden, ebenso in Schule und Ausbildung, damit Mädchen und Jungen ihren Lebensweg ohne Geschlechterklischees gestalten können. Wir wollen den Bildungsauftrag der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung im Bereich Frauenbildung stärken und die Kooperation auch mit dem Frauennetzwerk der LAG Soziale Brennpunkte ausbauen. Im Rahmen des „Pakts der Zusammenarbeit für Weiterbildung“ legen wir bei der Weiterbildung und Nachqualifizierung unter anderem einen Schwerpunkt auf Frauen nach der Familienphase.
Die Linke	Frauen werden auch durch eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben gestärkt. Von einer Gleichberechtigung in diesem Sinne kann allerdings keine Rede sein. Dazu gilt es die Kinderbetreuung zu verbessern, um Frauen nicht vom Arbeitsmarkt abzuhängen, Projekte zu stärken die Müttern eine Berufsausbildung in Teilzeit ermöglichen, die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung zu verbessern, und Frauen gezielt beim Wiedereinstieg nach einer Familienpause zu unterstützen. In der Vergangenheit gab es dafür gute Wege, die mehrheitlich dem Rotstift zum Opfer gefallen sind. Wir wollen hier wieder Möglichkeiten schaffen. Darüber hinaus gilt es vor Ort, Frauenzentren in ihren vielfältigen Formen zu erhalten und ihre Arbeit abzusichern. Besonders Frauen aus den sozialen Brennpunkten brauchen diese Räume zur Entfaltung, zum Austausch und zur Weiterbildung, die niedrigschwellig zu erreichen sind. Dort wo Frauen sich treffen und austauschen werden Probleme angesprochen und Lösungen gemeinsam mit anderen oder Sozialarbeiterinnen gefunden.

<p>Frage 8</p>	<p>Welche Überlegungen gibt es, die Bildungs- und Betreuungsinstitutionen in sozialen Brennpunkten/benachteiligten Stadtteilen prioritär mit zusätzlichen Ressourcen auszustatten, damit sie in der Lage sind, die strukturelle Benachteiligung und erschwerten Lernausgangsbedingungen abzubauen?</p>
<p>CDU</p>	<p>Auch die Landesregierung unterstützt aktiv das Anliegen, Stadtentwicklungs- und Bildungspolitik stärker miteinander zu verzahnen. Im Rahmen der Gesamtmaßnahmen der „Sozialen Stadt“ sind bereits heute städtebauliche Maßnahmen in der Bildungsinfrastruktur grundsätzlich förderfähig (z. B. mit dem Ziel, Schulen zum Stadtteil zu öffnen). Im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ führen darüber hinaus das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gemeinsamen mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung das Forschungsfeld „Orte der Integration“ durch. In acht Modellkommunen sollen in benachteiligten Quartieren Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen durch die Bündelung von Bildungsangeboten und den Aufbau innovativer Netzwerke zu sogenannten Orten der Integration qualifiziert werden. Jenseits der Diskussionen um die Dreigliedrigkeit des Schulsystems ist eine Ausrichtung der Struktur des Bildungsangebotes auf integrative Zielsetzungen nur im Rahmen einer lokal zentrierten Schulentwicklungsplanung (Zuschnitt der Schuleinzugsbezirke, Ressourcenverteilung, Schulentwicklungsplanung etc.) möglich und sinnvoll. Hier sind die kommunalen Gebietskörperschaften im eigenen Interesse aufgefordert, partizipative Angebote zu unterbreiten, um systemische Benachteiligungen zu vermeiden.</p>
<p>SPD</p>	<p>Unser Ziel ist es, jedem Kind eine möglichst breite Bildung mit auf den Lebensweg zu geben. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt. Individuelle Förderung muss hier Chancengleichheit durch Bildung gewährleisten. Unsere Schule ist eine Schule der Vielfalt, die auf jedes einzelne Kind eingeht. Wir sind der Überzeugung, dass längeres gemeinsames Lernen allen Kindern und Jugendlichen mehr Chancen eröffnet.</p> <p>Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass wir mehr Ganztagschulen brauchen. Ganztagschulen machen die Zeit in der Schule flexibel und verbinden Lernen, Fördern, Freizeit und Gruppenaktivitäten in einem pädagogisch bestimmten Tagesrhythmus. Jedem Kind soll wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten werden, dabei haben Grundschulen beim Ausbau Priorität. Ganztagschulen sind unserer Meinung nach geeignet, den strukturellen Benachteiligungen und erschwerten Lernausgangsbedingungen von Kindern aus benachteiligten Quartieren oder Stadtteilen entgegen zu wirken.</p> <p>Mit der Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren schaffen wir Treffpunkte, Kommunikations- und Beratungsangebote für Eltern und Familienangehörige sowie für Menschen aller Altersgruppen im Stadtteil. Dies wird insbesondere in benachteiligten Stadtteilen helfen, strukturelle Benachteiligung abzubauen.</p>
<p>FDP</p>	<p>Schon beginnend mit der Kinderkrippe werden wir ab 2014 Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten mehr Mittel zu Verfügung stellen. Mit dem Hessischen Kinderförderungsgesetz erhalten Kindertageseinrichtungen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund oder Kindern aus Familien, die eine Übernahme der Kosten- und Teilnahmebeiträge durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe, über die Pauschale für Schwerpunktkitas, mehr Geld. Das Land investiert 390 Euro pro Kind, damit in diesen Einrichtungen Sprachförderung, Förderung der Gesundheit sowie die Förderung sozialer, kultureller und interkultureller Kompetenzen verstärkt gefördert werden. In den Schulen werden wir dem erhöhten pädagogischen Aufwand über die Verteilung von 300 Lehrerstellen über den Sozialindex gerecht. Die Kriterien der Vergabe dieser Stellen richten sich nach dem Anteil der Arbeitslosen an der Wohnbevölkerung, Anteil der SGB II-Empfänger an der Wohnbevölkerung, der Anteil an Einfamilienhäusern bezogen auf die Gesamtzahl der Wohnungen sowie der Anteil der Zuwanderer in den einzelnen Schulen. Die 20 Schulen, welche die höchste Zuweisung durch den Sozialindex erhalten, befinden sich alle im Ballungsgebiet Rhein-Main. Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich dafür ein, das Erreichte auch zukünftig zu erhalten und die derzeitigen guten Bedingungen an den hessischen Schulen fortzuführen.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien kämpfen oft mit Vorverurteilungen und unzureichender Förderung. Wir wollen das ändern: in Hessen wollen wir Bildungs- und Betreuungsangebote, die allen Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen und sie individuell fördern – und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Der starken Abhängigkeit des Bildungserfolgs der Kinder vom sozialen Status der Eltern wollen wir entgegenwirken. Aufstieg durch Bildung muss wieder zu einem realistischen Versprechen werden. Bildung allein sorgt noch nicht für mehr Gerechtigkeit, aber ohne Bildungschancen für alle ist eine gerechte Gesellschaft nicht möglich.</p> <p>Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder in Hessen wirklich umgesetzt wird. Wir stehen dafür, die Zahl der ganztägigen Betreuungsplätze für Kinder bis 6 Jahren weiter auszubauen. Und wir wollen die Qualität der Kinderbetreuung verbessern, damit Bildungsprozesse für Kinder individuell, kontinuierlich und auf hohem Niveau gestaltet werden können. Kindergärten sollen sich zu Bildungsgärten und Familienzentren weiterentwickeln. In diesem</p>

<p>Frage 8</p>	<p>Welche Überlegungen gibt es, die Bildungs- und Betreuungsinstitutionen in sozialen Brennpunkten/benachteiligten Stadtteilen prioritär mit zusätzlichen Ressourcen auszustatten, damit sie in der Lage sind, die strukturelle Benachteiligung und erschwerten Lernausgangsbedingungen abzubauen?</p>
	<p>Sinne werden wir das so genannte Kinderförderungsgesetz (KiföG) umgehend nach einem Regierungswechsel grundlegend überarbeiten und für eine faire Finanzierung aller Träger sorgen. Bei dieser Überarbeitung wird auch zu entscheiden sein, in welcher Form am besten dem besonderen Förderauftrag von frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten in sozial benachteiligten Stadtteilen Rechnung getragen werden kann.</p> <p>Um die starke Anhängigkeit vom Bildungserfolg der Kinder und ihrer sozialen Herkunft zu beenden, wollen wir in den Schulen mehr individuelle Förderung. Zu einem stärker individualisierten Lernen wollen wir durch zahlreiche Maßnahmen beitragen. Eine echte 105%-Lehrerversorgung und die Lehrerzuweisung nach Sozialindex schaffen Freiräume für zusätzliche Förderangebote. Der Ausbau von Ganztagschulen ermöglicht mehr Zeit für individuelleres Lernen. Mit unserem Konzept für eine „Neue Schule“ setzen wir auf längeres gemeinsames Lernen und einen binnendifferenzierten Unterricht. Der flexible Schulanfang in der Grundschule ermöglicht Kindern die ersten beiden Jahrgangsstufen je nach individueller Entwicklung in einem, zwei oder drei Jahren zu durchlaufen.</p> <p>Zusätzlich sehen wir u.a. folgende Maßnahmen vor: Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe und den Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Beteiligungspaket des Bundes. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wollen wir durch gezielte Förderung besser unterstützen und Sprachkompetenz – sowohl in der Herkunftssprache als auch in Deutsch – systematisch fördern.</p> <p>Zudem wollen wir die Familienkarte des Landes zu einer Teilhabekarte ausgestalten, um so allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe am sozialen, sportlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>Bei der finanziellen Ausstattung von Einrichtungen in benachteiligten Stadtteilen handelt es sich im Wesentlichen um kommunale Aufgaben. Die Hessischen Kommunen sind allerdings deutlich zu schlecht ausgestattet um ihren sozialen Aufgaben in diesem Bereich bedarfsgerecht oder auch nur ansatzweise gerecht zu werden. Die Landespolitik ist hier insofern in der Verantwortung, als die schwarz-gelbe Landesregierung Finanzsituation der kommunalen Haushalte nachhaltig verschlechtert hat um dem Ziel die Schuldenbremse einzuhalten näher zu kommen. Wir wollen die Kommunen wieder in die Lage versetzen vor Ort handlungsfähig zu werden und setzen uns daher für eine erheblich bessere Finanzausstattung der Kommunen ein. Wir fordern außerdem die Rücknahme der Kürzungen der „Operation düstere Zukunft“, die die Lage in den sozialen Brennpunkten verschärft hat. Darüber hinaus wollen wir in den Schulen die Schulsozialarbeit mit Landesmitteln ausbauen und an Hessischen Schulen Lehrer für Deutsch als Zweitsprache einstellen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, Sprachkurse für Migranten_innen unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus unentgeltlich zur Verfügung stellen.</p>

<p>Frage 9</p>	<p>In welcher Form werden Sie das überregionale Netzwerk der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. als wichtigen Rahmen für Erfahrungsaustausch, Qualifizierung und Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit, der Bürgerbeteiligung und des integrierten Ansatzes der „Sozialen Stadt“ unterstützen und in seiner Arbeit dauerhaft sichern?</p>
<p>CDU</p>	<p>Es wird auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.</p>
<p>SPD</p>	<p>Wir betrachten die LAG Soziale Brennpunkte nach wie vor als wichtigen Gestalter der Gemeinwesenarbeit in Hessen und als kompetenten Gesprächspartner. Wir wissen, dass sich die Lage für die Landesarbeitsgemeinschaften seit der „Operation düstere Zukunft“ und den Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ verschlechtert hat. Die Beantwortungen der ersten acht Fragen sollten aufzeigen, dass die SPD im Falle der Regierungsübernahme mit der Einführung eines Sozialbudgets einen anderen Weg gehen will als die derzeitige Landesregierung. Beim Aufbau eines neuen sozialen Netzes für Hessen werden wir die LAG soziale Brennpunkte selbstverständlich an dem von uns vorgesehenen Dialog mit allen Verbänden und Organisationen beteiligen.</p>
<p>FDP</p>	<p>Wir werden die derzeitige finanzielle Förderung der LAG Brennpunkte beibehalten, sowohl den Leistungsvertrag mit der Hessenagentur GmbH sowie die Förderzuschüsse der Lotto/ Totomittel für das Jugendbildungswerk der LAG soziale Brennpunkte. Wir haben die Förderung der Jugendarbeit durch Lottomittel vor der Sommerpause auf eine sichere Basis gestellt und setzen uns auch weiterhin für neue Einnahmequellen durch eine Nachverhandlung des Glücksspielstaatsvertrages ein.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Für uns ist das Netzwerk der LAG Soziale Brennpunkt eine tragende Säule bei der Neuausrichtung der Gemeinwesenarbeit. Wir unterstützen die Ziele der LAG, insbesondere die Förderung der Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern in benachteiligten Stadtvierteln um sie als selbstbewussten Akteure der Entwicklungsprozesse zu stärken.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>Die überregionale Vernetzung der Akteure in den sozialen Brennpunkten ist aus vielerlei Hinsicht wichtig. Sie bietet Entlastung und Austausch, enthält die Möglichkeit gemeinsamer Organisation, trägt Ideen weiter und verhindert das Wiederholen von Fehlern. Die damit verbundene Arbeit kann nicht on top gemacht werden, deshalb muss durch eine dauerhafte Finanzierung sichergestellt sein.</p>